



Freistaat Preußen

Administrative Regierung und
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

Innere Angelegenheiten
Ada Cornelia a.d.F. R e i c h h e l m
www.freistaat-preussen.world

An
die restitutiven alliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs

Der Ausverkauf Deutschlands

Zitat Bundespräsident Herr Steinmeier: <https://www.tagesschau.de/inland/steinmeier-805.html>
„Es gebe eine Zuwanderung, `weil wir immer wieder Menschen aufgefordert haben, zu kommen`, hob Steinmeier hervor. Das werde auch weiterhin so sein, und es sei gut, dass dafür jetzt klare Regeln geschaffen werden“.

Leitsatz:

Sie berauben uns unserer Geschichte, unserer Ahnen, unserer Verfassung und unserer Gesetze, unseres Grund und Bodens, unserer Kultur, unseres Staates, unseres Vermögens und unserer Zukunft

Sehr geehrte Exzellenzen der alliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs,
werte Damen und Herren,

Die Bundesrepublik Deutschland, Überbleibsel der Verwaltung der alliierten Westmächte des Zweiten Weltkriegs, diktiert uns mit aller Gewalt das von den alliierten Westmächten vorgegebene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland als neue Verfassung für einen neu errichteten Staat „Bundesrepublik Deutschland“ auf.

Dieser völkerrechtswidrig neu errichtete Staat, registriert insgesamt 174.558 Staatsangehörige. (Stand 27.07.2018 lt. Auswertung BVA, Deutscher Bundestag Drucksache 19/3734 vom 08.08.2018, S. 5)

Diese „Elite“ der Bundesrepublik Deutschland rekrutiert absichtlich Ausländer aus der ganzen Welt, um sich sein neues Staatsvolk zu erschaffen, wobei die deutschstämmige Bevölkerung grundsätzlich aus der Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland wegen fehlendem Sachbescheidungsinteresse ausgeschlossen ist und im Status „deutsch“ als Staatenlose gehalten wird.

Mit dem o.g. Zitat vom Bundespräsidenten Herrn Steinmeier: *„Es gebe eine Zuwanderung (...) Das werde auch weiterhin so sein“* bekräftigt die Bundesrepublik Deutschland, daß sie die Nachkriegsordnung auch nach dem Ende seit dem 27. April 2018 gegen die deutschstämmige Bevölkerung völkerrechtswidrig in Deutschland fortsetzen wird!

Wir fordern daher die restitutiven Besatzermächte dringend auf, sich an das Völkervertragsrecht zu halten und die

Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges (HLKO)

vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910 S. 107) Haager Landkriegsordnung. Für das Deutsche Reich in Kraft getreten am 26.01.1910 (Bek. v. 25.01.1910, RGBl. II S. 375). Stand der Vertragsparteien und ihrer Vorbehalte: Siehe Fundstellennachweis B zum BGBl., abgeschlossen am 31.12. jedes Jahres.
2. Intern. Quelle: Martens, NRG (3e série), Bd. 3. S. 461. Für das Dt. Reich in Kraft getr. am 26.01.1910 (Bek. v. 25.01.1910, RGBl. II S. 375),

nun nach dem Ende der Nachkriegsordnung seit dem 27. April 2018 umzusetzen und die alliierte Verwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ von unserem Staatshoheitsgebiet abzuziehen.

Gemäß § 185 Völkerrecht werden die alliierten restitutiven Mächte aufgefordert, zur Wiederherstellung der staatlichen Verwaltung des Freistaats Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932, zwei Tage vor der gewaltsamen und völkerrechtswidrigen Einverleibung Preußens in die von den Alliierten des Ersten Weltkriegs installierte Weimarer Republik, ihrer Restitutionspflicht nachzukommen.

Das Urteil des Staatsgerichtshofs Leipzig vom 25. Oktober 1932 ist umzusetzen.

Der Freistaat Preußen hat nach wie vor seine völkerrechtskonform gültige Verfassung vom 30. November 1920, denn diese wurde nie aufgehoben. Wir benötigen keine von den alliierten aufdiktierte Verfassung „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ und keine gegen die deutschstämmige Bevölkerung gerichtete und die deutschstämmige Bevölkerung diskriminierende Feindverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“!

Auch wir Preußen haben ein Recht auf Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung, so wie jedes andere Volk auf dieser Erde auch!

HLKO Art. 53. [Sachen, die der Beschlagnahme unterliegen können]

Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen: das bare Geld und die Wertbestände des Staates sowie die dem Staate zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorrathäuser und Lebensmittelvorräte sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen. Alle Mittel, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Weitergabe von Nachrichten und zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen, mit Ausnahme der durch das Seerecht geregelten Fälle, sowie die Waffenniederlagen und überhaupt jede Art von Kriegsvorräten können, selbst wenn sie Privatpersonen gehören, mit Beschlag belegt werden.

Beim Friedensschlusse müssen sie aber zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.

HLKO Art. 55. [Besetzerstaat als Verwalter und Nutznießer]

Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.

Die Bundesrepublik Deutschland, unter Führung der Bundeskanzlerin Frau Merkel und dem Bundespräsidenten Herrn Steinmeier stehen uns unter der Vortäuschung einer neuen Verfassung „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ unsere Geschichte, unsere Ahnen, unsere Verfassung und unsere Gesetze, unseren Grund und Boden, unsere Kultur, unseren Staat, unser Vermögen und unsere Zukunft!

Die Bundesrepublik Deutschland verkauft unseren Grund und Boden und unsere Immobilien, unsere Wälder, unsere Tagebaue und Bodenschätze, unser Kulturgut, unsere Autobahnen, unsere

Deutsche Reichsbahn, die Deutsche Reichspost etc. pp. an private, oftmals ausländische Firmen, ohne daß die Bundesrepublik Deutschland der rechtmäßige Besitzer oder Eigentümer ist.

Die Fremdherrschaft „Bundesrepublik Deutschland“, unter Führung der Bundeskanzlerin Frau Merkel und dem Bundespräsidenten Herrn Steinmeier betreibt gezielt den Ausverkauf Deutschlands!

Zitat Sahra Wagenknecht, Die Linke: <https://www.youtube.com/watch?v=fOEHH1gGhJU>
*„Die öffentliche Infrastruktur soll dem privaten Kapital geöffnet werden, um der Finanzbranche [...] renditeträchtige Anlagen zu ermöglichen [...]. Es geht darum, Banken, Versicherungen und anderen Großanlegern lukrative und zugleich risikofreie Anlagemöglichkeiten zu verschaffen [...].
[...] daß [...] Tür und Tor für öffentlich private Partnerschaften, also für die bekannten Raubverträge zur Ausplünderung der Steuerzahler [...] aufgemacht werden.“*

Dies verstößt gegen das elementare Völkerrecht!

Gegeben zu Berlin, am 26. August 2018

Hochachtungsvoll



*Adela Comelia
a.d.r.
Friedrich*



Freistaat Preußen

Administrative Regierung und
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt
Crinitzer Str. 19 C
D-[15926] Fürstlich Drehna

Hans Franz Detlef a.d.F. B u r d a c k
www.freistaat-preussen.world

Diplomatische Korrespondenz

26-08/18 FP

Der Ausverkauf Deutschlands

Sehr geehrter Präsident der Russischen Föderation, Seine Exzellenz Herr Putin,
sehr geehrter Botschafter der Russischen Föderation, Seine Exzellenz Herr Netschajew,
sehr geehrter Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr Trump,
sehr geehrter Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr Grenell,
sehr geehrte Premierministerin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Ihre
Exzellenz Frau May,
sehr geehrter Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Seine
Exzellenz Herr Wood,
sehr geehrter Präsident der Französischen Republik, Seine Exzellenz Herr Macron,
sehr geehrte Botschafterin der Französischen Republik, Ihre Exzellenz Frau Descôtes,

ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Staates Freistaat Preußen für das
Auswärtige Amt und zugleich für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten vom
Deutschen Reich / Deutschland, entbiete dem Präsidenten und dem Botschafter der Russischen
Föderation, dem Präsidenten und dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, der
Premierministerin und dem Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und
Nordirland sowie dem Präsidenten und der Botschafterin der Französischen Republik im Namen
aller Regierungsvertreter des sich in Reorganisation befindenden Staates Freistaat Preußen
meine besten Empfehlungen.

Vor dem Hintergrund, daß seit dem 27. April 2018 die Nachkriegsordnung und damit die
Besatzung Deutschlands mit dem Besatzungsgesetz „Grundgesetz für die Bundesrepublik
Deutschland“ zu Ende ist, habe ich die Aufgabe, Ihren Exzellenzen das Schreiben „Der
Ausverkauf Deutschlands“ zur Kenntnisnahme und Beachtung zu übersenden.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit.

Anlage

- Schreiben „Der Ausverkauf Deutschlands“ vom 26.08.2018

Gegeben zu Fürstlich Drehna,
am 26. August 2018

Mit freundlichen Grüßen



*Hans Franz Reddy
a.d. F. Jurdacz*

Präsident der Russischen Föderation
S.E. Herr Präsident Wladimir Putin
Staraja Ploshchad d. 4 ; 103132 Moskau
per Fax: 007 495 606 0766

Botschaft der Russischen Föderation
S.E. Herr Sergej Jurjewitsch Netschajew
Unter den Linden 63 – 65 ; D-[10117] Berlin
per Fax: 030 229 93 97

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
S.E. Herr Richard Grenell
Pariser Platz 2 ; D-[10117] Berlin
S.E. Herr Präsident Donald Trump
per Fax: 030 830 510 50

Botschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
S.E. Herr Sebastian Wood
Wilhelmstraße 70 ; D-[10117] Berlin
I.E. Frau Premierministerin Theresa May
per Fax: 030 20 45 75 71

Botschaft der Französischen Republik
I.E. Frau Anne-Marie Descôtes
Pariser Platz 5 ; D-[10117] Berlin
S.E. Herr Präsident Emmanuel Macron
per Fax: 030 590 03 90 67

